

Merz bricht sein nächstes Versprechen

Tiefere Strompreise für alle: Daraus wird nichts. Selbst die ARD stellt inzwischen die Frage, ob der Kanzler noch glaubwürdig sei.

Es war eines der zentralen Wahlkampfversprechen von Friedrich Merz: tiefere Strom- und Energiepreise «für alle». Festgeschrieben und bestätigt wurde dies auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Mit dem «Strompreispaket» gingen die Regierungspartner «einen grossen Schritt, um wettbewerbsfähige Energiepreise für die Industrie zu gewährleisten», heisst es darin. Und im Kapitel «Energiepreise» steht auf Seite 30 des Vertrags konkret: «Wir wollen Unternehmen und Verbraucher in Deutschland dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh mit einem Massnahmenpaket entlasten.»

Dafür werde als «Sofortmassnahme» die Stromsteuer «für alle» auf das europäische Mindestmass gesetzt, weiter würden Umlagen und Netzentgelte reduziert. Letztere sollten gar «dauerhaft» gedeckelt werden, um Planungssicherheit zu schaffen. Bekräftigt wird das Versprechen, dass insbesondere auch die «Verbraucherinnen und Verbraucher» profitieren sollen, auf Seite 53 des Koalitionsvertrags, wo erneut von einer «spürbaren Entlastung beim Strompreis» die Rede ist.

AfD geisselt «Wortbruch»

Doch aus diesem Versprechen wird vorerst nichts. Die Spitzen von Union und SPD konnten sich nicht darüber einigen. Das Resultat nach fünfstündigen Verhandlungen: Entlastungen für die Konsumenten und die gesamte Wirtschaft soll es erst geben, wenn dafür «finanzielle Spielräume bestehen». Das riecht nach Sankt-Nimmerleins-Tag.

Umgesetzt wird vorerst nur ein kleiner Teil der Versprechen. So sollen die Netzentgelte geringer ausfallen und die sogenannte Gasspeicherumlage entfallen.

Der Verzicht auf die umfassende Preissenkung hat heftige Kritik ausgelöst, von links bis rechts. Die Koalition beerdige mit



«Pinocchio-Kanzler»: Friedrich Merz.

dem «Stromsteuer-Wortbruch» endgültig die von Kanzler Merz angekündigte Politikwende, teilen die AfD-Chefs Alice Weidel und Tino Chrupalla mit. Angesichts der «durch einen Wahlbetrug aufgenommenen Rekordschulden» sei es «völlig inakzeptabel», dass Union und SPD den einfachen Bürgern die im Koalitionsvertrag versprochene Ent-

«Merz geht es gerade wie Scholz in der Ampel. Die kleineren Partner setzen sich durch.»

lastung bei der Stromsteuer verweigerten. Auf das Wort von Bundeskanzler Friedrich Merz könnten sich die Bürger «offenbar nicht verlassen». Die Menschen würden mit «dem politisch gewollten Anstieg der Energiepreise allein gelassen», weil angeblich kein Geld mehr da sei. Dies sei ein «Schlag ins Gesicht

für alle, die tagtäglich unseren Wohlstand erarbeiten».

Deutliche Worte auch aus der Wirtschaft: «Wenn man in weniger als hundert Tagen der Koalition das Vertrauen der Leistungsträger in diesem Land verspielt, kann die Wirtschaftswende nicht gelingen», sagte Christoph Ahlhaus, Geschäftsführer des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft und ehemaliger Hamburger Bürgermeister. Seine Aussage ist auch deshalb brisant, weil er als CDU-Politiker ein Parteikollege von Merz ist.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums spricht der Sozialverband Deutschland von einem «fatalen Signal». Gerade in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten bräuchten die Verbraucher spürbare Entlastungen. Auch die Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Britta Hasselmann, kritisiert das «gebrochene Wahlkampfversprechen» des Bundeskanzlers. Das sei «falsch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, und die merken sich das, da bin ich ganz sicher», sagte sie gegenüber der ARD. Die Co-Chefin der Grünen, Franziska Brantner, spricht gar von einem «Pinocchio-Kanzler».

Allerdings ist das kein neues Phänomen. «Friedrich Merz geht es gerade wie Olaf Scholz in der Ampel. Die kleineren Partner setzen sich durch», bemerkt die *Neue Osnabrücker Zeitung*. Selbst die regierungstreue ARD stellt inzwischen die Frage der «Glaubwürdigkeit» des Kanzlers. Laut dem Sender rumort es aber nicht nur innerhalb der CDU, sondern auch bei deren Koalitionspartner SPD. An der Basis seien «viele unzufrieden». Zu verdanken haben sie dies neben der offensichtlichen Führungsschwäche des Kanzlers ironischerweise ihrem eigenen starken Mann in der Regierung, Vizekanzler und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, der die Strompreissenkung aus seiner Sicht erfolgreich ausgemerzt hat.